




Stefan Schwartz MdB
Mindener Straße 5
D- 32049 Herford

10.12.2015

**Nicht nachvollziehbare Gesetzgebung
- Pflichtversicherungsgesetz / KFZ / Selbstfahrervermietfahrzeuge -
mit der Auswirkung auf Existenz bedrohende Konsequenzen einer Branche.**

Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrter Herr Schwarze,

als Direktor eines international tätigen PKW-Anhänger Systemvermieters und Gründungsmitglied der „Gemeinschaft freier Anhängervermieter“ wende ich mich heute auch im Namen meiner/unserer über 300 Vertragspartner in der BRD an Sie, da aus gegebenem Anlass unsere gesamte Branche der PKW-Anhängervermieter in der BRD durch die Weigerung der KFZ-Versicherer, noch PKW-Anhänger, welche in der Vermietung eingesetzt werden (sogn. Selbstfahrervermietfahrzeuge), zu versichern.

Hier berufen sich die Versicherungsgesellschaften auf §5 des Pflichtversicherungsgesetz, wo eindeutig geregelt ist, dass Versicherungsunternehmen, die in Ihrem Geschäftsplan verankert haben, dass sie obige Fahrzeuge nicht versichern, diese auch nicht versichern müssen.

Hier muss die eindeutige Frage erlaubt sein, ob hier Lobbyisten der Versicherungskonzerne den Inhalt des Gesetzestextes verfasst haben oder es Dilettanten waren, die von der Materie keinen Sachverstand hatten.

Gerade auch mit Blick auf die aktuelle Klimakonferenz in Paris ist es nicht nachvollziehbar, dass durch diese Gesetzgebung der Mietanhänger, als ein extrem ökologisches Transportmittel, welcher keine Emissionen ausstößt, zu 95% recycelbar ist, aus dem Straßenverkehr verbannt wird, und das nur, weil die Gesetzgebung der BRD hier die Versicherungskonzerne selber entscheiden lässt, ob sie sich an ein Gesetz halten müssen oder nicht.

Ich bitte Sie daher höflichst, sich dieser Sache einmal anzunehmen ggf. diese Sache an die zuständige Stelle weiterzuleiten. Des Weiteren behalte ich mir vor, ggf. die EU anzurufen, um diese Gesetzgebung auf Richtigkeit und Rechtmäßigkeit überprüfen zu lassen.

Ich bitte ferner um Eingangsbestätigung.

Mit freundlichen Grüßen
